

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Nibelungenbrücke: Warum nicht eine Fahrspur für Busse und Radverkehr freihalten?

Autos raus aus der Stadt!

Auch wenn das ein wenig überzogen klingt, die Politik müsste eine eindeutige Wende in der Verkehrspolitik machen, um die Lebensqualität der LinzerInnen zu erhöhen.

Lärm, Gestank, Staus, Verkehrsunfälle. Der Verkehr ist zum Unsicherheits- und Belastungsfaktor Nummer Eins in den Städten, so auch in Linz, geworden. Trotzdem tut die Politik nur wenig und traut sich insgesamt nicht eine Trendumkehr einzuleiten. Im Gegenteil: In

Linz wird mit einer verkehrten Verkehrs- und Stadtpolitik von gestern, etwa mit der Westring-Autobahn, Ausbau von Autostraßenwege und einer Bauordnung die einseitig auf die Autonutzung ausgelegt ist, weiter mehr Straßen- und Autoverkehr produziert.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin
www.gemeinteraetin.at

Rot-blauer Schulterchluss

Im Linzer Gemeinderat stellen SPÖ und FPÖ vermehrt gemeinsame Anträge.

Dieses Fraternisieren der SPÖ mit der FPÖ ist bedenklich. Das verschärfte Vorgehen gegen BettlerInnen, das Drehen am Musiktheatervertrag oder die Durchforstung der Leistungen des Aktivpasses machen sich SPÖ und

FPÖ zur gemeinsamen Sache. Dabei handelt es sich nicht um rein sachpolitische Übereinkünfte, sondern um handfeste Weichenstellungen.

Die Linzer SPÖ hat offensichtlich kein Problem mit der Rechtslastigkeit der Linzer FPÖ.

Hier mangelt es an Abgrenzung zu Rechts und wohl auch an sozialdemokratischen Grundwerten.

Worum geht es bei der Arbeiterkammerwahl 2014?

Bei der AK-Wahl (18.-31.3.2014) kandidiert der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) als Liste 5 unter dem Motto „Mut zum Widerspruch“. Wir haben drei KandidatInnen über ihre Motive zu kandidieren befragt.



Peter Gruber Schlosser, Betriebsrat, ÖBB, TS-Werk Linz

Im TS-Werk muss neuerdings für jeden Arbeitsauftrag eigens gestempelt werden. Es droht weitere Rationalisierung, mehr Arbeitsdruck und die Auslagerung von Arbeiten. Aber wir dürfen nicht so wie in Spanien der Jugend die Zukunft verbauen. Daher brauchen wir Mut zum Widerspruch.



Elisa Roth Sozialarbeiterin,
Betriebsratsvorsitzende von SOS-Menschenrechte Linz

Wichtig ist eine konsequente Interessenvertretung für alle in Österreich arbeitenden Menschen. Es gilt der Scheinselbstständigkeit und Prekarisierung mit Aktionismus entgegenzuwirken. Denn soziale Arbeit ist mehr wert.



Christopher Frank Jurist, Johannes-Kepler-Universität,
Arbeitsschwerpunkte Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsrecht

Gewerkschaft und AK müssen als ehrliche ArbeitnehmerInnenvertretung handeln - und nicht als staatstragende Teilorganisationen der Regierungsparteien. Dazu braucht es Druck von links.

Fordern allein hilft nicht

1.500 Euro Mindestlohn sowie eine sechste Urlaubswoche für alle nach 25 Jahren Arbeit fordert zum AK-Wahlauftakt der FSG-Spitzenkandidat Kalliauer.

Das fordern BetriebsrätInnen im privaten Gesundheits- und Sozialbereich schon seit Jahren. Ausgebremst werden sie dabei durch hauptamtliche GewerkschafterInnen, aber auch durch BelegschaftsvertreterInnen mit festem Sitz in der Arbeiterkammer.

So erklärt sich der diesjährige KV-Ab-schluss für die Beschäftigten in Sozialwirtschaft, Caritas und Diakonie: Magere 2,4 bis 2,5 Prozent Gehalts-erhöhung, fernab der gestiegenen Lebenskosten.

Damit bleiben die Einkommen vieler KollegInnen deutlich unter dem geforderten Mindesteinkommen. Auch die Forderung nach mehr Urlaub wurde von verhandelnden FSG-FunktionärInnen nicht konsequent mitgetragen und eine Vereinbarung verhindert.

Für die prekäre Situation in sozialen Belangen reicht es längst nicht mehr aus zu fordern. Es muss an der Umsetzung aktiv gearbeitet werden, unabhängig von Fraktionsstatus und Parteigehorsam.



Heike Fischer
Sozialpädagogin,
Betriebsratsvorsitzende
Zentrum Spattstraße Linz,
kandidiert für den GLB
auf Platz 2 bei der
AK-Wahl 2014

Eine lebenswerte Stadt mit weniger Autoverkehr

Beim Verkehr ist die Stadtpolitik noch immer nicht in der Gegenwart angekommen, geschweige denn bei sinnvollen Weichenstellungen für die Zukunft.



Das Aus für die Eisenbahnbrücke bedeutet das Aus für die Mühlkreisbahn

So wird in der Debatte über die Eisenbahnbrücke fast immer auf die Bahn vergessen, die der Brücke den Namen gab. Wichtig scheint stattdessen nur eine leistungsfähigere Straßenquerung über die Donau.

Die Konsequenzen für die Bevölkerung, etwa in der Ferihumer- oder Gruberstraße werden geflissentlich ignoriert.

Mühlkreisbahn erhalten und ausbauen

Dabei wäre eine Lösung einfach, vorausgesetzt den Willen der Verantwortlichen dies umzusetzen.

Statt sündteure Lösungen für Auto und Öfis (Regiotram-Konzept) anzupfeilen, könnte die Mühlkreisbahn samt Eisenbahnbrücke saniert und zu einem wichtigen Verkehrsmittel in das obere Mühlviertel ausgebaut werden.

Eine Anbindung an die Hafensbahn könnte den Lückenschluss zum Hauptbahnhof herstellen. Ein Grundstein für die S-Bahn im Großraum Linz wäre damit gelegt.

Verantwortliche Stadtplanung

Auch die Stadtplanung sieht die KPÖ in der Verantwortung. Statt die Bewegungslinien der FußgängerInnen und RadfahrerInnen dem Auto unterzuordnen muss ihnen Vorrang eingeräumt werden. Die Bauordnung sollte so ausgelegt sein, dass ein öffentliches Verkehrsmittel näher als der PKW-Stellplatz erreichbar ist.

Was will die KPÖ?

- Mehr Investitionen in soziale und ökologische Mobilität
- Geh- und Radflächen ausbauen, sanfte Mobilität fördern, das Auto zurückdrängen
- Stellplatzverordnung streichen, Verkehrserregerabgabe einführen, keine neuen Tiefgaragen
- Keine neuen Durchzugsstraßen mehr für Linz, keine West- und Ostringautobahn
- Eine S-Bahn für den Großraum Linz mit rascher Sanierung der Mühlkreisbahn inkl. Eisenbahnbrücke und Verlängerung über die Hafensbahn bis zum Hauptbahnhof
- Intervallverdichtung aller städtischen Buslinien auf sieben Minuten
- Errichtung neuer Busspuren auf den Ausfallstraßen (Rudolfstraße, Kremstal-Bundesstraße, Nibelungenbrücke) aber auch im innerstädtischen Bereich (Busse der Linz Linien)
- Ausbau des O-Bus-Netzes in Linz
- Längerfristig Freifahrt für alle auf öffentliche Verkehrsmittel

Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

Teure Bombenrelikte

Rund 200.000 Euro kostet die Entsorgung von Bombenrelikten aus dem 2. Weltkrieg wie sie immer wieder bei Bauarbeiten gefunden werden, teilte Bürgermeister Luger zu einer KPÖ-Anfrage mit. Der Bund hat, unterstützt vom Verfassungsgerichtshof, die Kosten dafür auf die Gemeinden abgewälzt.

Mehr direkte Demokratie

Die Instrumente der direkten Demokratie werden verbessert: Mit 3.000 Unterschriften soll künftig ein Antrag in den Gemeinderat, mit 6.000 eine Volksbefragung und mit 9.000 eine Volksabstimmung möglich sein. Die Forderung der KPÖ, die Schwelle für eine BürgerInneninitiative auf 1.500 Unterschriften zu senken wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

Worauf zielt die Magistratsreform?

Bei Stimmenthaltung der KPÖ wurde der Grundsatzbeschluss für eine Reorganisation des Magistrats gefasst. Gemeinderätin Grün warnte dabei vor wachsendem Leistungsdruck und Personalabbau für die Bediensteten und lehnte Ausgliederungen und Privatisierungen städtischen Eigentums ab.

Tiefgarage kommt nicht

Erfolgreich war der hartnäckige Widerstand der AnrainerInnen gegen das Projekt einer Tiefgarage beim Haus der Technik in der Stockhofstraße. GR Gerlinde Grün hatte den Widerstand im November 2012 mit einer Anfrage im Gemeinderat unterstützt.

Vom Strandtraum zur Strandbar

Eine Facebook-Initiative, medialer Druck und ein Antrag im Gemeinderat ebnen den Weg für die Umgestaltung der Donaulände in eine Gastromeile.

Bis dato ist zwischen Lentos und Eisenbahnbrücke ein konsumfreier Raum. Das Areal ist als Grünland ausgewiesen und der größte Freiraum in der Innenstadt. Erholungssuchende nützen den beliebten Treffpunkt als Liegewiese, zum Spaziergehen oder Sporteln.

Das soll nun anders werden

Was als Facebook-Initiative für einen Donaustrand begann, ist zum Spielball

kommerzieller Interessen mutiert. Eventagenturen bringen ihre Barkonzepte in Stellung. Man hofft auf das große Geld mit Cocktails und Karibikflair.

Im Gemeinderat haben sowohl SPÖ wie auch die Grünen Bedenken bezüglich der Kommerzialisierung der Donaulände geäußert, dennoch dem von FPÖ initiierten Antrag zugestimmt. Wie sie die Geister, die sie riefen wieder loswerden, wird spannend.



Donaulände: Künftig Kommerz statt Ruhezone?

Droht ein Sparpaket auf Kosten der Bevölkerung?

Nach der Klausur möchte der Stadtsenat die Linzer Finanzen in sieben Schritten sanieren.

16 Sofortmaßnahmen, eine Magistratsreform, eine 10prozentige Ausgaben-sperre, Veräußerung von Immobilienbesitz, Synergien, Investitionsdämpfung und Verhandlungen mit Land und Bund sollen ein ausgeglichenes Budget 2018 ermöglichen.

Parkgebühren am Urfahrner Markt-gelände, Erhöhung der Essensbeiträge in Kinderbetreuungseinrichtungen oder

ein nur mehr zweijährliches Linzfest sollen die Kassen füllen.

Zauberwort Magistratsreform

Bürgermeister Luger stellt auch Ausgliederungen in Aussicht. Einschränkungen der städtischen Dienstleistungen und erhöhter Druck auf Magistratsbedienstete sind zu befürchten. Auch die zehn Prozent Ausgaben-sperre wird sich nicht nur

auf die Verwaltung beziehen, sondern auch die freiwilligen Subventionen betreffen. Einzig positiv sind die andiskutierten Kürzungen bei der Parteienförderung. Die angestrebten Verhandlungen über einen gerechteren Finanzausgleich sind zu begrüßen und längst überfällig. Die KPÖ spricht sich klar gegen ein Belastungspaket auf Kosten der Bevölkerung aus. Sparpotential liegt bei der Auflösung der Stadtwache, der Weihnachtsbeleuchtung und dem verkehrspolitischen Steinzeitprojekt Westring.

Aktuell, Nummer 1, März 2014

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKLAT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Martetschläger, Scheinost, Stadt Linz.

Offenlegung laut Mediengesetz: Laut §25, Absatz 2: Medieninhaber (Verleger) ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Die KPÖ ist eine politische Partei. Bundessprecher der KPÖ ist Dr. Mirko Messner. Laut Paragraph 25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht der politischen Linie der KPÖ.



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at) Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

Folder Kommunalprogramm Gemeinderatsbilanz Energiegrundsicherung

Broschüre Burschenschaften Februar 1934 Freifahrt Henriette Haill

Probeexemplar Volksstimme Die Arbeit Der Mieterschutz

Ich möchte für die Finanzierung des „Superroten Infoblattes“ spenden

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei der Empfängerin einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz